

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** der Stadt Remagen vom
25.11.2019

Einladung: Schreiben vom 15.11.2019

Tagungsort: Foyer der Rheinhalle, Remagen, An der Alten Rheinbrücke

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Bürgermeister Björn Ingendahl

Beigeordnete/r

Rainer Doemen

Volker Thehos

Ausschussmitglieder

Michael Berndt

Prof. Dr. Frank Bliss

Sabine Glaser

Heinz-Peter Hammer

Kenneth Heydecke

Wilfried Humpert

Stefani Jürries

Norbert Matthias

Thomas Nuhn

Fokje Schreurs-Elsinga

Harm Sönksen

Christina Steinhausen

Jürgen Walbröl

Christine Wießmann

Verwaltung

Gisbert Bachem

Matthias Geusen

Marc Göttlicher

Björn Schröder

Schriftführer/in

Beate Fuchs

Gäste

Angela Linden-Berresheim

Norbert Monschau

Dr. Peter Wyborny

Entschuldigt fehlen:

Beigeordnete/r

Rita Höppner

Der Vorsitzende begrüßt die Sitzungsteilnehmer und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Behandelte Tagesordnungspunkte:

- 1 Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen
0096/2019
- 2 Beratung über einen möglichen Systemwechsel der Ausbaubeitragserhebung; Kostenvoranschlag Modellrechnung
0078/2019/1
- 3 Digitalisierung der städtischen Gremien; Beschaffung der Endgeräte
0091/2019
- 4 Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2020
0057/2019
- 5 Stellenplan für das Jahr 2020
0058/2019
- 6 Annahme von Zuwendungen
0092/2019
- 7 Mitteilungen
- 7.1 Digitalisierung städtischer Gremien
- 7.2 Stromliefervertrag
- 8 Anfragen

6. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zu Punkt 1 – Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen Vorlage: 0096/2019 –

Der Vorsitzende gibt den Beschluss aus der vorherigen nichtöffentlichen Sitzung bekannt.

Zu Punkt 2 – Beratung über einen möglichen Systemwechsel der Ausbaubeitragserhebung; Kostenvoranschlag Modellrechnung Vorlage: 0078/2019/1 –

Bürgermeister Björn Ingendahl führt aus, dass er den Tagesordnungspunkt aufgrund neuer Erkenntnisse betreffend die Beschlussempfehlung des Fachausschusses am 11.11.2019 erneut aufgenommen habe. Die Verwaltung habe Angebote eingeholt, um die Modellberechnung, wie vom Ausschuss gefordert, für Teile der Kernstadt durchführen zu lassen. Das einzig abgegebene Angebot schließt mit einer Summe von 200.000 Euro. Andere angefragte Büros haben wegen Arbeitsüberlastung keine Angebote abgegeben. Daraufhin habe man entschieden, verwaltungsseitig eine solche Modellrechnung anhand eines Abrechnungsgebietes in Rolandswerth durchführen. Grundsätzlich weist er darauf hin, dass die Struktur der Stadt Remagen nicht mit der einer klassischen Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz mit kleineren Ortsgemeinden vergleichbar sei. Remagen ähnele eher einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen. Der Städte- und Gemeindebund Nordrheinwestfalen wiederum lehne die wiederkehrenden Beiträge als bürgerunfreundlich, nicht vorteilsgerecht, bürokratisch und intransparent ab.

Gisbert Bachem erläutert die vorliegende Modellberechnung für einen Teil des Ortschafts Rolandswerth. Anhand eines Abrechnungsgebiets, das fünf Straßen umfasst, wurden für zwei Grundstücke beispielhaft ein Wiederkehrender und ein Einmaliger Ausbaubeitrag berechnet (vgl. Anlage). Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass bei einem Grundstück der Wiederkehrende Beitrag und bei dem anderen Grundstück der Einmalige Beitrag günstiger ausfallen würde.

Für den Bereich der Kernstadt sei vermutlich die Bildung eines Abrechnungsgebietes problematisch, da das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz die Grenze der in einem solchen Gebiet lebenden Einwohner auf regelmäßig etwa 3.500 beschränkt, in der Remagener Kernstadt aber rund 6.000 Menschen leben. Zudem fallen viele Grundstückseigentümer aus der Solidargemeinschaft heraus, da etliche Straßen, die in den letzten Jahren ausgebaut wurden, der Verschonungsregelung unterliegen werden. Sehr wahrscheinlich zählen hierzu auch die Verkehrsanlagen des ehemaligen Sanierungsgebiets.

Bürgermeister Björn Ingendahl schlägt vor dem Hintergrund der vorliegenden Infor-

mationen vor, das System der einmaligen Ausbaubeiträge beizubehalten. Um Anlieger von der teilweise enormen finanziellen Belastung durch Einmalbeiträge zu entlasten, schlägt er vor, die Regelungen zur Stundung im Sinne der Ratenzahlung (gem. § 14 Abs. KAG) der Beiträge maximal flexibel zu gestalten und diese zu einem Zinssatz anzubieten, der lediglich als Inflationsausgleich dient. Die Laufzeit könnte auf bis zu zehn Jahre ausgedehnt werden. Ab einem Betrag von beispielsweise 10.000 Euro sollte allerdings eine Grundschuld auf dem Grundstück eingetragen werden.

Christine Wießmann kritisiert die Auswahl des Abrechnungsgebietes Rolandswerth, dass der Modellrechnung zugrunde gelegt wurde. Da es lediglich fünf Straßen umfasst, sei das Ergebnis der Berechnung nicht repräsentativ für das gesamte Stadtgebiet. Auch sei der angenommene Gemeindeanteil nicht nachvollziehbar.

Die Ausschussmitglieder Wilfried Humpert und Heinz-Peter Hammer zeigen sich schockiert aufgrund des Angebotes über 200.000 Euro zur Erstellung einer Beispielerrechnung für die Kernstadt. Gerade diese Modellberechnung wäre wichtig gewesen, da für diesen Bereich der Verdacht bestehe, dass ein Wiederkehrender Beitrag mehr Verlierer als Gewinner hervorbringen könne, so Wilfried Humpert.

Nach weiterer Diskussion schlägt der Vorsitzende vor, über seinen Vorschlag zur Flexibilisierung der Ratenzahlung zur Entlastung finanziell besonders betroffener Anlieger abzustimmen. Diese Beschlüsse würden gemeinsam mit den am 11.11.2019 gefassten Empfehlungsbeschlüssen des Fachausschusses dem Stadtrat am 2.12.2019 zur Entscheidung vorgelegt.

Christine Wießmann weist darauf hin, dass der Tagesordnung ihrer Meinung nach nicht zu entnehmen sei, dass eine Beschlussfassung, wie vom Vorsitzenden vorgeschlagen, erfolgen solle, da lediglich eine Beratung über den Systemwechsel anberaumt war.

Bürgermeister Björn Ingendahl führt aus, dass sein Vorschlag ein Bestandteil des aktuellen Abrechnungssystems sei, so dass eine Beschlussfassung durchaus möglich ist. Im Übrigen wurde sowohl in der heutigen Sitzung als auch in der Sitzung am 11.11.2019 ausführlich über beide Systeme diskutiert. Die geforderte Modellrechnung, die einer vertieften Diskussion zugrunde gelegt werden sollte, würde mit Kosten zu Buche schlagen, die er als Bürgermeister nicht vertreten könne.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, die Regelungen zur Ratenzahlung von Ausbaubeiträgen wie folgt zu beschließen:

- Die Laufzeit der Ratenzahlung wird auf bis zu zehn Jahre ausgedehnt.
- Der Zinssatz wird in maximal der Höhe festgesetzt, dass er dem Inflationsausgleich dient.
- Ab einem festgesetzten Ausbaubeitrag von 10.000 Euro wird zur Sicherung der Forderung eine Sicherungshypothek auf dem Grundstück eingetragen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Die SPD-Fraktion hat sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

Zu Punkt 3 – Digitalisierung der städtischen Gremien; Beschaffung der Endgeräte
Vorlage: 0091/2019 –

Marc Göttlicher erläutert die Beschlussvorlage.

Nach kurzer Diskussion ergeht folgender

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat, dem Kauf der Tablets über den Rahmenvertrag des Landes für ca. 31.000 Euro zwecks Digitalisierung der städtischen Gremien zuzustimmen.

einstimmig beschlossen

Enthaltung 1

Zu Punkt 4 – Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2020
Vorlage: 0057/2019 –

Marc Göttlicher erläutert die in der Zwischenzeit erfolgten Änderungen (s. Anlage).

Zu Punkt 5 – Stellenplan für das Jahr 2020
Vorlage: 0058/2019 –

Büroleiter Matthias Geusen erläutert, dass der Stellenplan zwei Änderungen erfahren habe. Der aktuellen Rechtsprechung folgend, werden zwei Stellen in der Ordnungsverwaltung von EG 8 auf EG 9 angehoben.

zur Kenntnis genommen

Zu Punkt 6 – Annahme von Zuwendungen
Vorlage: 0092/2019 –

Der Vorsitzende verweist auf die Beschlussvorlage und teilt ergänzend mit, dass eine weitere Zuwendung in Höhe von 150 Euro von der Firma Haustechnik Meyer GmbH eingegangen ist. Empfänger ist die Freiwillige Feuerwehr Oedingen.

Beschluss: Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt der Annahme der Zuwendungen zu.

einstimmig beschlossen

Zu Punkt 7 – Mitteilungen –

Zu Punkt 7.1 – Digitalisierung städtischer Gremien –

Matthias Geusen weist darauf hin, dass die Ratssitzung am 02.12.2019 mit digitaler Unterstützung durchgeführt werden soll. Den Sitzungsteilnehmern wird zu diesem Zweck am 28.11.2019 um 17:30 Uhr im Foyer der Rheinhalle ein iPad ausgehändigt. Im Anschluss findet eine kurze Schulung statt.

Zu Punkt 7.2 – Stromliefervertrag –

Matthias Geusen teilt mit, dass im Hinblick auf den Stromliefervertrag gemeinsam mit der Gemeinde Grafschaft eine Preisabfrage durchgeführt wurde. Insgesamt wurde bei drei Anbietern angefragt, zwei Angebote gingen ein. Günstigster Bieter war die EVM.

Zu Punkt 8 – Anfragen –

Es liegen keine Anfragen vor.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 18:25 Uhr.

Remagen, den 03.12.2019

Der Vorsitzende

Schriftführer/in

gez.

gez.

Björn Ingendahl
Bürgermeister

Beate Fuchs